

TABEAS TÄTIGKEITSBERICHT



Wahlkampfhöhepunkt mit Annalena in Mainz

Liebe Freundinnen und Freunde,

was ein herausforderndes Jahr! Landtags- und Bundestagswahlkampf, Corona und nicht zuletzt die verheerende Flutkatastrophe im Ahrtal. Die Pandemie hat besondere Anforderungen an uns gestellt, und wir mussten neue Wege gehen, um mit den Menschen ins Gespräch zu kommen. Für Eure Kreativität vor Ort, Eure Ausdauer und Unterstützung möchte ich mich ganz herzlich bedanken! Die guten Wahlergebnisse hätten wir ohne Euch nicht erreicht.

Wegen ihrer großen Bedeutung waren die Wahlen in Bund und Land Schwerpunkt meiner politischen Arbeit. Aber auch parlamentarisch gab es viel zu tun. Viele Gesetzgebungsverfahren mussten noch abgeschlossen werden. Beim Verbraucherschutz ging es um die Umsetzung einiger EU-Richtlinien, bei der Netz- und Medienpolitik um Anpassungen, die sich aus der Pandemie ergaben. Und auch mit der Flutkatastrophe haben wir uns im Bundestag befasst.

Fundament meiner Arbeit als Abgeordnete ist der direkte Kontakt zu den Bürgerinnen und Bürgern. Als sich die Pandemielage zu entspannen begann, nutzte ich die Gelegenheit, noch vor den Sommerferien auf Tour zu gehen und viele Termine mit Euch vor Ort zu machen. Wir haben um jede Stimme gekämpft: an Infoständen und Haustüren, auf Podien und überall dort, wo den Menschen der Schuh drückt. Bei vielen unserer Gesprächspartner:innen war eine Wechselstimmung deutlich zu spüren. „Es muss sich endlich etwas ändern“, war einer der häufigsten Sätze, die ich zu hören bekam.

Jetzt finden wir GRÜNE uns da wieder, wo wir hinwollten: in Verhandlungen um eine neue, grün geprägte Bundesregierung. Denn wir brauchen eine Klimaregierung. Die geht nur mit uns. Jetzt müssen wir liefern. Und wir werden liefern!

Herzlichst Eure

Bundespolitik

Wir haben harte Wochen vor uns. In dieser schwierigen Situation gilt es, konsequent und gemeinsam zu handeln. Mit den nun vereinbarten Maßnahmen im Infektionsschutzgesetz schaffen wir Regelungen, die rechtlich möglich und wissenschaftlich sinnvoll sind. Wir bauen einen starken Schutzwall um alle, die geschützt werden müssen. Und, das ist ebenso wichtig, stellen wir mit dem Gesetzespaket die Pandemiebekämpfung auf rechtlich sicheren Boden. Die effektive Gefahrenabwehr bringen wir wieder zurück ins Zentrum der Demokratie: ins Parlament.



Klimastreik in Mainz

Auch die Arbeit im Bundestag selbst unterlag in diesem Jahr stark den pandemiebedingten Vorschriften. So war zu Beginn des Jahres eine Vollbesetzung des Plenarsaals noch undenkbar, die parlamentarische Arbeit im Plenarsaal wurde personell auf ein Minimum reduziert. Umso mehr habe ich mich gefreut, dass bei der konstituierenden Sitzung das Plenum vollzählig zusammenkommen konnte - bis auf die Verweigerer des 3G-Nachweises.

Darüber hinaus wurde die parlamentarische Arbeit weiterhin durch die AfD erschwert. Gleich zweimal beantragte sie eine aktuelle Stunde zum Thema Meinungsfreiheit, bei der ich beide Male zu Wort kam. Ich konnte deutlich machen, dass keine Stimmen der

AfD untergraben werden, es aber sehr wohl eine Grenze zwischen Meinungsfreiheit und dem Angriff auf die freiheitlich-demokratische Grundordnung gibt. Der Schutz der kommunikativen Freiheiten als Motor der Demokratie ist nicht gleichzusetzen mit der Überschreitung verfassungsrechtlicher Grenzen.

Beim Thema Meinungsfreiheit muss man den Blick auch nach außen wenden. In Belarus wurde mein politisches Patenkind Aliaksei Karatkou zu zwei Jahren Haft verurteilt. Diese Menschenrechtsverletzung des jungen Start-Up-Unternehmers, der sein Recht auf Meinungs- und Versammlungsfreiheit wahrgenommen hat, kann ich nicht einfach so hinnehmen. Deswegen habe ich mich mit meinem Protest an die belarussischen Behörden gewandt. Der Einsatz für Gerechtigkeit und demokratische Werte darf nicht zum Freiheitsentzug führen!

Verbraucherschutz

Im Frühjahr wurde der Fraktionsbeschluss zum Verbraucherschutz veröffentlicht, das Herzstück meiner verbraucherpolitischen Arbeit. In diesem Positionspapier habe ich mit der tatkräftigen Unterstützung der Fraktion Ideen und Forderungen für eine grüne und faire Verbraucherpolitik zusammengetragen, die für die großen Herausforderungen wie Klimakrise, digitaler Wandel und Corona-Pandemie konkrete Strategien und Lösungsvorschläge bietet.

Ein großer Erfolg war die gesetzliche Umsetzung meines grünen Kündigungsbuttons, der die Kündigung von online abgeschlossenen Langzeitverträgen erheblich vereinfacht. Eine von mir in Auftrag gegebene Studie hatte deutlich gezeigt, dass den Verbraucher:innen viele Hürden in den Weg gestellt werden, in etwa absurde Schriftformerfordernisse oder eine telefonische Bestätigung, bis sie endlich erfolgreich kündigen konnten oder gar entnervt aufgaben. Jetzt kommt man mit einem Klick raus. Die Idee dazu hatte ich schon vor Jahren in den Bundes-

tag eingebracht, da hat sich der unermüdliche Einsatz endlich ausgezahlt! Ansonsten ist das verabschiedete Gesetz „Faire Verbraucherverträge“ auf halber Strecke stehen geblieben. Meine Forderungen der Abzocke am Telefon rigoros den Riegel vorzuschieben oder kürzere Vertragslaufzeiten für Langzeitverträge vorzusehen, sind von der GroKo schlichtweg ignoriert worden. Genauso verhielt es sich leider auch mit meinen Anträgen Recht auf Reparatur und im Rahmen der Umsetzung der europäischen Warenkauf-Richtlinie im Kampf gegen ansteigende Elektroschrottberge. Darin hatte ich umfassende Vorschläge



Auf der Demo des Pflegebündnisses in Mainz

für nachhaltigere und reparierbare Produkte und ein echtes Recht auf Reparatur für die Verbraucher:innen gemacht. Ich sah mich auch durch eine aktuelle Umfrage der EU bestärkt, nach der 77% der EU-Bürger:innen ihre Produkte lieber reparieren lassen wollen, statt gleich Ersatz zu kaufen. Die Zeit ist mehr als reif für eine nachhaltige Produktpolitik, die Verbraucher:innen nachhaltigen Konsum ermöglicht und dazu noch den Geldbeutel schont. Dringenden Nachholbedarf gab es in der digitalen Welt. Verbraucherschutz muss auch im Internet konsequent durchgesetzt und Verbraucher:innen müssen besser vor unseriösen Geschäftspraktiken von Verkaufs- und Vergleichsplattformen geschützt werden. Ich hatte mich daher in einem Antrag bei der Umsetzung verschiedener europäischer Verbraucherschutzrichtlinien für erweiterte Transparenzpflichten stark gemacht.

Die Plattformen müssen auch in Zukunft verstärkt in die Pflicht genommen werden, um verbraucher-schädigende Irreführungen, Transparenzverstöße und Schleichwerbung effektiv einzudämmen.

Film-, Medien- & Netzpolitik

Auch dieses Jahr bleibt von der Pandemie geprägt. Kulturorte waren geschlossen und Dreharbeiten nur unter schwierigen Bedingungen möglich. Erst im Juli öffneten die Kinos wieder. Ich war direkt dort, denn Kultur und das gemeinsame Erlebnis mit anderen hat mir sehr gefehlt. Doch die Probleme der Filmbranche bestehen nicht erst seit Corona. Die Pandemie verdeutlicht nur, dass das deutsche Filmfördersystem ins Ungleichgewicht geraten ist – nicht verwunderlich, stammt das Filmförderungsgesetz (FFG) aus Vor-Digitalisierungs-Zeiten. Statt einer echten Reform bekamen wir zur anstehenden Novelle von der Bundesregierung aber nur ein Reförmchen auf den Tisch. Die große Novelle wurde um zwei Jahre verschoben, weil noch ungewiss ist, wie die Filmbranche aus der Krise hervorgeht. In unserem Entschließungsantrag zum FFG forderte ich Geschlechtergerechtigkeit nicht nur in den Gremien der Filmförderung, sondern auch im kreativen Bereich (Drehbuch, Regie, Produktion). Chancengerechtigkeit sollte heute kein Nice-to-have, sondern ein Must-have sein! Zudem schulden wir es den Filmeschaffenden, Lösungen aufzuzeigen, wie ihre Filme an ein Publikum kommen, während die Kinos geschlossen sind. Diese Aufgabe muss nun angegangen werden. Als Mitglied in der Vorauswahlkommission des Deutschen Filmpreises durfte ich bereits im Frühjahr Filme sehen, die erst jetzt ins Kino kommen.

In der Medienpolitik dreht sich weiterhin vieles um die Auftragsdebatte des öffentlich-rechtlichen Rundfunks und den Rundfunkbeitrag. Für Glaubwürdigkeit und Akzeptanz ist die Einhaltung der Staatsferne der Medien in dieser herausfordernden Zeit für unsere

Demokratie essentiell. Daher habe ich ein Normenkontrollverfahren beim Bundesverfassungsgericht initiiert, für das mich meine Fraktion, die Linken und die FDP unterstützt haben. Wir sind überzeugt davon, dass das saarländische Mediengesetz gegen die im Grundgesetz verankerte Rundfunkfreiheit verstößt, weil danach der Landtag und kein unabhängiges Gremium die Besetzung des Direktorenpostens der Landesmedienanstalt wählt. Dieser Gang nach Karlsruhe ist ein Dienst für die Demokratie, den ich als Abgeordnete gerne gehe. Das Urteil steht noch aus. Für die Sicherung der Medienvielfalt und für unabhängige Medien werde ich mich auch in der neuen Legislaturperiode weiter einsetzen.

In der AG Digitalpolitik habe ich als Leiterin intensiv die Debatten zum EU-Digital Services Act und damit den Kontrollrahmen für Plattformen wie Google oder Facebook begleitet. In einem öffentlichen Fachgespräch ging es etwa um die Frage, wie verbindliche Standards für den Umgang von Google & Co. mit rechtswidrigen und problematischen Inhalten aussehen könnten – bei gleichzeitigem Schutz der Meinungsfreiheit. Ein Balanceakt. Zudem konnte ich auf zahlreichen Podiumsdiskussionen und im Austausch mit Verbänden und Initiativen unsere Idee für einen starken, aber innovationsfreundlichen Datenschutz, Rahmenbedingungen für Künstliche Intelligenz und eine gute digitale Infrastruktur vertreten. Die Reform des Telekommunikationsgesetzes war leider eine große Enttäuschung, dabei hätte der Gesetzgeber hier gut unsere Forderung nach einem echten Rechtsanspruch auf schnelles Internet und einem pauschalisierten Schadenersatz verankern können.

Eine der größten Herausforderungen in der vergangenen Legislaturperiode stellte für mich die Urheberrechtsreform dar, ein echtes Mammut-Umsetzungspaket der europäischen Vorgaben. Die notwendige Modernisierung und das Ziel eines angemessenen Ausgleichs zwischen den verschiedenen Interessen vor allem der Rechteinhaber:innen, Nutzer:innen und Plattformen hatten dabei absolute Priorität.

Rheinland-Pfalz

Während meiner Sommer- und Wahlkampftouren habe ich sehr viele Eindrücke sammeln können. Unterwegs war ich wieder mit Bahn, Rad sowie zu Fuß, und mein E-Auto hat den Härtestest „Wahlkampf“ auch bestanden. Aber eines wurde mir wieder klar: Das unionsgeführte Bundesverkehrsministerium hat den Ausbau der Ladesäuleninfrastruktur verpennt.

Nicht nur das: Auffallend häufig bekam ich dieses Jahr Anfragen zu Verkehrsprojekten. Zum Ausbau von Bundesstraßen hier und Autobahnen dort. Dabei entsprechen viele dieser Straßenbauprojekte nicht dem Bedarf und konterkarieren den Schritt hin zur klimaneutralen Mobilität. Das kenne ich aus dem Wahlkreis. Dort engagiere ich mich seit Jahren gegen zwei Projekte, die Sinnbild dieser fehlgeleiteten Verkehrspolitik sind.



Mit Robert im Gespräch mit Helfer:innen im Ahrtal

Mit dem Ausbau der Schiene können wir den Menschen eine attraktive Alternative bieten. Dazu braucht es eine starke Bahn. Die kann es aber nur geben, wenn sie akzeptiert wird. Deshalb ist der Bahnlärm ein wichtiges Thema für mich. Gemeinsam mit Kolleg:innen und Bürgerinitiativen habe ich das Schienenlärmschutzgesetz erstritten. Das Gesetz trat Ende 2020 in Kraft, aber der scheidende Verkehrsminister Scheuer setzte es praktisch mit fadenscheinigen Begründungen kurzfristig aus. Der Frust im Mittelrheintal sitzt tief. Ein solches Verhalten erweist der Mobilitätswende einen Bärendienst. Das muss sich ändern.

Im Rahmen des Parlamentskreises Fluglärm forderte ich Anfang des Jahres die Deutsche Flugsicherung auf, neue lärmärmere Flugverfahren am Flughafen Frankfurt zu erproben. Denn das pandemiebedingt geringe Flugaufkommen bot dafür die ideale Voraussetzung. Seit März werden solche Flugverfahren nun geprüft. Sollten sie dauerhaft anwendbar sein, könnte das eine kleine, aber spürbare Entlastung bringen. Denn jeder vermiedene Überflug bedeutet weniger Fluglärm. Zudem sparen solche Flugverfahren Kerosin ein und verringern so den CO₂-Ausstoß.

Im Juli erreichten uns die schockierenden Bilder aus dem Ahrtal. Gleich mehrere Male war ich vor Ort. Noch immer ist das Geschehene schwer zu fassen.

Gegenden, die ich durch meine Touren eigentlich kannte, waren nicht mehr wiederzuerkennen. Angesichts des Ausmaßes der Zerstörungen und der vielen tragischen Schicksale bleibt unbürokratische Hilfe unbedingt nötig. Im Gespräch mit Schulen aus betroffenen Gemeinden habe ich meine Unterstützung bei der Ausstattung mit digitalen Endgeräten angeboten. Das dafür nötige Netzwerk hatte ich bereits während der Corona-Hochphase mit meiner Laptopspendenaktion für Schüler:innen im Homeschooling aufgebaut. Die Katastrophe wird uns noch lange beschäftigen. Ich werde mich dafür einsetzen, dass uns der Bund hierbei unterstützt.

Presse

[Regierung beschließt Recht auf Software-Updates](#) (golem.de, 13.01.2021)

[Auf der digitalen Prärie](#) (Süddeutsche Zeitung, 03.02.2021)

[Neue Regeln gegen Verbraucherfallen geplant](#) (Tagesschau, 26.02.2021)

[Laptop-Projekt: Schüler unterstützen und unnötigen Schrott vermeiden](#) (Merkurist, 08.03.2021)

[Regierung: Felssturz auf Gleise verursacht Millionenkosten](#) (Die Welt, 15.04.2021)

[Aserbajdschan-Affäre: Aliyevs geheime Praktikanten-Armee im Bundestag](#) (Vice, 19.04.2021)

[Jede Menge Hausaufgaben für Verbraucherpolitik](#) (Neues Deutschland, 20.04.2021)

[Bundestag für "Recht auf schnelles Internet"](#) (ZDF heute, 22.04.2021)

[„Ein Wahlkampf, der sich gewaschen hat“](#) (Trierischer Volksfreund, 16.05.2021)

[Wenn Politiker kontrollieren](#) (Süddeutsche Zeitung, 23.06.2021)

[Bundestag stärkt Verbraucherrechte](#) (Die Tageszeitung, 25.06.2021)

[So werden Sie im Netz manipuliert](#) (Der Spiegel, 27.06.2021)

[Mainzer Abgeordnete gegen A 60-Ausbau](#) (Allgemeine Zeitung, 26.07.2021)

[Wie die Parteien dem deutschen Kino helfen wollen](#) (Deutschlandfunk, 31.07.2021)

[Eine Frage der Ausstrahlung](#) (Die Zeit, 11.08.2021)

[„Wahnsinnsprojekt“: Grüne stellen sich klar gegen Ortsumgehung Weyerbusch](#) (Die Rhein-Zeitung, 25.08.2021)

[Wie es mit der Netzneutralität weitergeht](#) (netzpolitik.org, 09.09.2021)

[Warum das Digitale in Deutschland eine politische Herausforderung bleibt](#) (Deutschlandfunk, 21.09.2021)

[Grüne: Cookie-Banner im Netz gescheitert](#) (ARD, 25.10.2021)